

Bezugs-Preis

In der Hauptexpedition oder deren Ausgaben abgezahlt: vierzehntäglich 6.-, bei zweimaliger täglicher Auflösung im Band 6.-35. Durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich vierzehntäglich 6.-80, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

**Einzelne Nummern zu
auf allen Bahnhöfen und
den Zeitungs-Verkäufern. 10 Pf.**

Redaktion und Expedition:
153 Bernhardstrasse 222
Johanniskirche 8.

Gauß-Mühle Dresden:
Marienstraße 24 (Bernhardstrasse 222) Nr. 17120.

Gauß-Mühle Berlin:
Carl-Lindner, Herzlstr. Hofbahnhofstr.,
Lützowstraße 10 (Bernhardstrasse VI Nr. 400).

Nr. 400.

Das Wichtigste vom Tage.

* König Georg vollendet heute sein zweites Lebensjahr.

* Kaiser Wilhelm ist gestern gegen Mittag von Bergen nach Odde abgereist.

* Man wird, wie offiziell verlaufen, damit zu rechnen haben, daß im Reichsbudschalttag für 1905 die Forderungen für den Reichsaufbau zur Ablösung wiederum eine Steigerung in einer Höhe erfahren wird, die den Wehrforderungen der letzten Jahre entspricht.

* Unweit Bahnhof Betsdorf liegen gestern nachmittag 2 Uhr zwei Personenläge zusammen, wobei eine Person getötet, 14 verletzt und viel Materialschaden angerichtet wurde.

* Das Polizeigericht in Blediwosk hat dahin entschieden, daß der englische Domptier "Knight Commander" rechtmäßig beschlagen und verurteilt worden ist.

* Das europäische Geschwader der Vereinigten Staaten ist gestern früh von Villefranche nach Smyrna abgegangen.

Es lebe der König!

In dieser Zeit der Standesveränderungen und -Erlungen ist in manchen ein leidiger Mangel an Resonanz zu beobachten. Häufig genug erhält die Forderung des bewussten Bürgertums um größere Berücksichtigung und Würdigung nach seiner Bedeutung und seinen Leistungen für den Staat und die Gesellschaft. Es fordert Gleichberechtigung auf allen Gebieten, in der Verwaltung, wie im Heere. Und dies Verlangen ist bearündet, seine Erfüllung sogar eine Notwendigkeit, um die höchsten Röfe — fücia in jedem Sinne — zur Wirkung der staatlichen Geschäfte heranziehen zu können, um am letzten Ende ein in seinen Zielen einziges Volk von Individualitäten heranzubilden. Jeder Mann an seinem Platz, tut das Volk, und nie ist ein berechtigter Wunsch laut geworden. Dann ist ihm offenbart sich die unbegrenzte und unbeschädigte gebliebene Achtung des Volkes vor der Gerechtigkeit und die Schamlosigkeit nach ihr.

Absolute Gerechtigkeit ist ein Ideal, nie erreicht und nie erreichbar. Deshalb ist es zwar verständlich, aber falsch, dem Staat aus jedem Kontrast zwischen diesem Ideal und der Realität einen Vorwurf zu machen.

Was zu verlangen und zu erreichen ist, das ist der festste Wille des Regierenden, ohne Ansehen der Person.

D. h. richtig, ohne Ansehen der Abstammung, des Werdeganges und der materiellen Güter, zu führen und zu wählen, wobei sich das Moralische auch hier immer von selbst verfestigt.

Doch dies heute noch lange nicht in dem wissenschaftlichen und erreichbaren Maße geschieht, ist richtig.

Die auf dem Bayer geistreinen Vorredite des Adels z. B. blühen in der Praxis mit verblüffender Selbstverständlichkeit weiter — jedes Blatt in die Rana- und Quartierslisten bestätigt das. Und diese betrübende Wahrnehmung läßt sich nicht auf difficile Berechnungen, nicht auf Bruchstücke von Proben, nicht auf üble Vorurteile und Verehrung der Schablone, sondern auf augenfällige, trockne und verlebende Bevorzugung gewisser Volkseliten. Auch ist sie nicht das Produkt instinktiver Auswahl, sondern systematische Uebung, natürlich nicht so zu verstehen, daß irgendwie geheime Klasse mit der Randsäuberung streng vertraulich existieren. Aber doch eben so ist, kann nicht bestreiten werden, und es ist ebenso wahr, daß es schändig wüßt, nicht zum mindesten auch auf die Grundlagen unzutreffliche Seele des Volkes, auf sein Verhältnis zum Staat.

Der Ruf nach Gerechtigkeit im Sinne einer unparteiischen Berücksichtigung der Bevölkerungen ist oft erhört und behalte ebenso oft ungehört verhakt. Nur schwedengleich ist das Tempo des Fortschritts auf dem Gebiete, und noch immer leben wir mit Schwierigkeiten die Talente verklummen oder in die Opposition gedrängt, weil ihnen kein Platz zum positiven Schaffen angeboren wird. Aber bei den Klagen über diese fast unabänderlich scheinenden Zustände wird eins in der Regel vergessen: daß eine Voraussetzung für die Gewährung der geforderten Gleichberechtigung die freiwillige Übernahme von Pflichten ist, daß die Verfolgung auch eine Holzsäuerung und war im Besonderen eine Folge der Sünden des Bürgertums. Unter solchen Sünden ist zu verbergen die immer noch zu sehr gräßliche Zurückhaltung von der Arbeit für die Gemeinschaft. Nicht als Lasten, sondern als Ehre muß empfunden werden, was vom einzelnen für das Ganze gefordert wird, und gefordert wird vor allem von jedem das volle Einsehen seiner Person für die Aufgaben der Leistungsfähigkeit, auch wenn sein uniformierter Diener des Staates mit seinem Anfang dabuntersteht. Der Staat muß zur Anerkennung der Bedeutung des Bürgertums noch viel mehr gewonnen werden, daß Bürgertum auch bewußt und machtvoll in die Reihen der Denter eindringen und dort seine Ansprüche zur Wirkung kommen lassen.

Morgen-Ausgabe.**Leipziger Tageblatt**
und
Anzeiger.

**Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.**

Montag den 8. August 1904.

Anzeigen-Preis

die gespaltene Petitzelle 25 Pf.

Kellarn unter dem Schottentorstrich
(gezahlt) 75 Pf. nach der Familienan-
zahl (gezahlt) 50 Pf.

Tafelwischer und Ziffern entsprechend
zuer. — Gebühren für Nachdrucke und
Urkundenausdrucke 25 Pf.

Annahmestrich für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vor mittag 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nach mittag 4 Uhr.

Extra-Beilagen (gezahlt), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Postportoerhöhung
60.— mit Postportoerhöhung 70.—
Beilagen sind freitags bis einschließlich 10 Uhr
ausgegeben. Die Ausgabe ist wochentlich ununterbrochen
geöffnet von freitags 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von G. Pauli in Leipzig
(Ges. Dr. B. & K. & W. Kirschner).

98. Jahrgang.

Eine zweite Verfehlung dieser Art, und gewiß nicht weniger bedeutungsvoll, ist die lange nicht energetisch genug betonte Stellung zum Monarchismus und zum Monarchen. Gewiß — das Bürgertum ist königlich, aber nicht überall in der intensiv persönlichen Gefürsttheit, welche mit der Selbstverständlichkeit die „populär-königliche Sicherheit“ verleiht. Die Selbstverständlichkeit ist seit längerer Zeit nicht mehr, aber deshalb sind die armen Verstöße und Torheiten, die auf der Tagesordnung stehen, noch lange nicht zu entschuldigen. Wie kann man von Staate Gleicherberichtigung verlangen, wenn man unter Umständen bereit ist, die Erfordernisse dieses Staates zu verlassen? Einem Umstürzer wöhnen und zu gleicher Zeit den Anspruch an Ministerposten proklamieren, ist ein Unding, das mit der Logik nichts zu tun hat. Und mit dem Royalismus ist es ebenso. Aus der Überzeugung von seiner Notwendigkeit muß das Gefühl freundlicher Bejahung auch dort erwachsen, wo nicht die Tradition in gleicher Richtung und Stärke wirkt. Auch in unserer Zeit hat das Volkstheater noch die Nebenbestimmung einer Weiswoche, und gerade dieser Charakter trägt wesentlich zu seiner Gliederung bei.

Im unteren frithischen und aufgeregten Periode ist der Wert der sozialen Gedankenlosigkeit recht gering. Um so notwendiger ist die klare Erkenntnis der Zusammenhänge und ihre Benutzung. Wir brauchen klarheit und freudiges Verständnis zu ihrer Lehre. Und deshalb ist dem Bürgertum ein voller Erfassen des Königsgedankens zu wünschen, deshalb ist dies Erfassen eine Voraussetzung für die Erfüllung seiner eigenen Hoffnungen.

Wenden Orts mag das offene Verständnis zum Royalismus erschwert sein durch Umstände und Verhältnisse.

Aber selten hat es ein Volk leichter gehabt, in seinem König seine eigene Zukunft an zu lieben, als bei uns in Sachsen. Noch der langen Regierung eines Königs Albert, dieses Gentleman auf dem Thron, könnten George der, der in den wenigen Jahren seit seiner Berufung gezeigt hat, wie man aufrecht und gerad auch schwierige Wege zu gehen hat, und wie das Regieren so oft im Opfer der eigenen Person besteht. Im Widerstreit böseler Art hat er mit sicherer Hand die allein möglichen Lösungen gefunden, auf ihn ist der Wille zur Reformierung des Wahlrechts zurückzuführen, und ihm soll nicht vergessen werden, was er dem Glauben seines Volkes zu Liebe gebracht, als in anderen Ländern die Verurteilten im Kampf um das Leben mündeten wurden.

Das folgert allerdings dem Hause des Boden ans! Wie

würde öffentlich den Reichshof, von der Kaiserin schätzende Männer, wo und wann ist von uns gefragt werden, daß die Herren Staatsminister Henrici und General-

major Henne mit der Angabe über den Anfang des Peipiger Stuhls lebe erstaunt. Die Herren in Leipzig, welche den Oberhofmeister etwas am Tage früher wollten, hätten die Sache etwas geschickter anfangen und nicht die Herren Staats-

minister Henrici und Generalmajor Henne mit der Angelegenheit in Verbindung bringen sollen. Der deutsche Krieg auf die Rheinländer hat den Jägern des Boden eingezogen, ganz selbstverständliche teilt man an möglicher Stelle über den Anfang des

vom Prinzen Sachsen-Wittenberg behaupteten Beispielen des

Herrn v. Mirbach, seiner Bürgerlichen Braut den Prinzessinnen

zu verhelfen, denn der Anfang des Wahlrechts, wenn die beiden Herren haben mit dem Mirbachischen Vertrag

nicht das Verhältnis zu tun, hat die Kampagne der

Reichshof-Männer ist diese offenkundige Fälschung des

Landesstandes aber sehr verstaublich!

* **Zum neuen Wahlrecht** gibt dem „Reichsboten“

folgende anonyme „Information“ zu:

Die Veröffentlichung des „Leipziger Tageblatts“ wird den

Freidenks keine Freude machen; wie wir uns zuverlässiger

Quelle erachten, ob man an möglicher Stelle über den Anfang

des Peipiger Stuhls lebe erstaunt. Die Herren in Leipzig, welche

den Oberhofmeister etwas am Tage früher wollten, hätten die

Sache etwas geschickter anfangen und nicht die Herren Staats-

minister Henrici und Generalmajor Henne mit der Angelegenheit in Verbindung bringen sollen. Der deutsche Krieg auf die

Rheinländer hat den Jägern des Boden eingezogen, ganz selbstverständ-

liche teilt man an möglicher Stelle über den Anfang des

vom Prinzen Sachsen-Wittenberg behaupteten Beispielen des

Herrn v. Mirbach, seiner Bürgerlichen Braut den Prinzessinen

zu verhelfen, denn der Anfang des Wahlrechts, wenn die beiden Herren haben mit dem Mirbachischen Vertrag

nicht das Verhältnis zu tun, hat die Kampagne der

Reichshof-Männer ist diese offenkundige Fälschung des

Landesstandes aber sehr verstaublich!

* **Wiederholung** im sozialdemokratischen

Papier. Unter der Überschrift „Wiederholung“ weitet der „Ver-

treter“ gegen den Berliner sozialdemokratischen Abgeordneten

Friederberg, der in einer Riedenveranstaltung an der

zweiten gewerkschaftlichen Parteileitung, die ihm viel zu jahrs-

in teil gutes Haar gelassen hat. Ob das ja allerdings etwas

bedeutend Humoristisches, wenn in demselben Augenblick, wo der

„Bor.“ eine „Berichtigung“ entdeckt und eine ungewöhnliche Erregung über die

Wiederholung der Reaktion markiert, ein Sozialdemokrat

unter dem Beifall von Tausenden erklärt: „Wir werden

dem allgemeinen Wahlrecht keine Träne nach-

weinen.“ Wenn innerhalb der Sozialdemokratie ein der-

artiger Wiederholung über das allgemeine Wahlrecht besteht,

dann ist sie an letzter Stelle verurteilt, sich als

Hüterin dieses Volkerrechts aufzuspielen. Nicht

genug, aber das „Bor.“, der Wiederholung gegen das allgemeine

Wahlrecht“ entdeckt und eine ungewöhnliche Erregung über die

Wiederholung der Reaktion markiert, ein Sozialdemokrat

auf Verhandlung des Stadtrats Rudolph-Leipzig werden die aus-

scheidenden Verhandlungsmitsässer wieder, Herr Stadtrat

Böhme-Berlin neu gewählt. Zum Verbandsobmann er-

wählte der Zentralverbandstag wiederum Herrn Baumeister

Stadtrat Hartwig-Dresden und ernannte das frühlige Vor-

standsnämlich Herrn Stadtrat Gustav-Berlin zum Ehren-

mitglied. Der von Schaymeister vergebene Haushaltplan

wird in Höhe von 14 400 £ genehmigt. Hieraus geht Herr

Dr. Gregorius-Stettin einen Vertrag über: Die wirtschaft-

lichen Einrichtungen der Verbandsvereine, und nach Er-

örterung einiger weniger wichtiger Anträge wird der Ver-

bandstag geschlossen. Der Bremer Verein hatte einige

heftige Verhandlungen gehabt, welche sich großer Zügel-

ung erforderten.

* **Wiederholung**, 6. August. Der langjährige Bürgermeister Senator

Dr. Schreyer redete, wie seinerzeit ausgesetzt, vor einigen Wochen

an den Gewerbeaufsichtsräten sein Abstimmungsergebnis ab. Das Gesetz

im Senat genehmigt worden. Die Versammlung findet am

20. August statt.

* **Breslau**, 6. August. Der 26. Verbandstag des Gen-

eralverbandes der fädelichen Haus- und Grund-

besitzer-Vereine Deutschlands nahm gestern zündlich eine

Entscheidung des Antrages der Gewerbeaufsichtsräte

der Anhänger des Antrages der Gewerbeaufsichtsräte

der Gewerbeaufsichtsräte der Gewerbeaufsichtsräte